

Wege aus der kommunalen Schuldenfalle

Wege aus der Kommunalverschuldung
Fachtagung des Aktionsbündnisses
„Raus aus den Schulden“
19. Februar 2010 in Essen

Prof. Dr. Martin Junkernheinrich

Gliederung

1. Kommunale Finanzkrise ohne Ende?
– Zur besonderen Situation des Ruhrgebietes und der Bergischen Städte –
2. Wie konnte es dazu kommen?
– Ursachen der Kommunalverschuldung –
3. Was ist zu tun?
– Finanzpolitische Konsequenzen –

Kommunaler Finanzierungssaldo Deutschland

2007: 8,61 Mrd. Euro

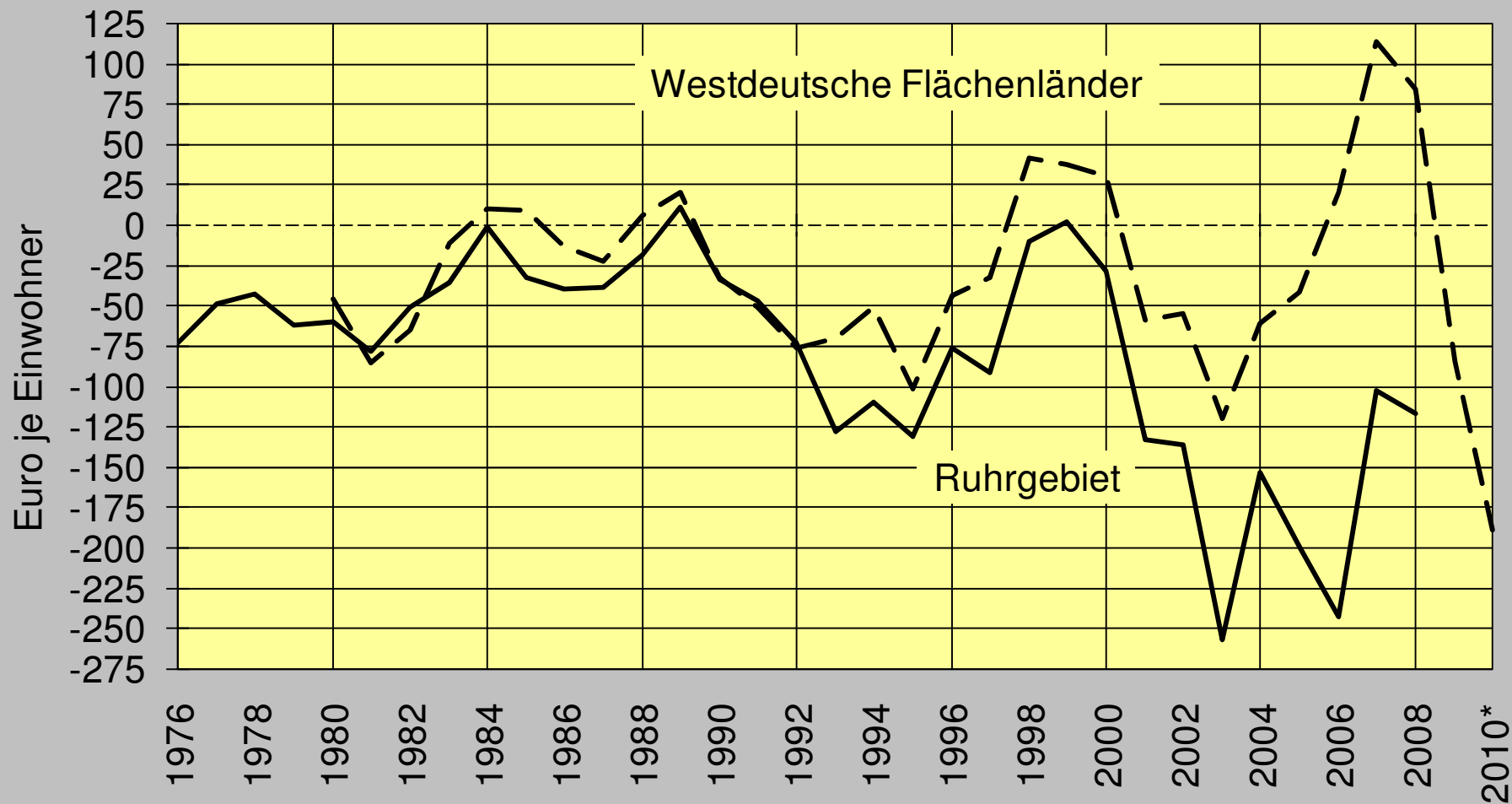
2008: 7,61 Mrd. Euro

2009: - 4,45 Mrd. Euro*

2010: -12,05 Mrd. Euro**

Schätzung Deutscher Städtetag * geschätzt wurde das 4. Quartal ** Jahresschätzung

Kommunaler Finanzierungssaldo 1976 bis 2010



* Schätzung für 2009/2010 nach Deutscher Städtetag.

Quelle: Statistisches Bundesamt, IT.NRW u. Deutscher Städtetag.

Entwicklung der Kommunalfinanzen 2008

Die deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände erzielten im Jahr 2008
einen **Überschuss** von
7,6 Mrd. € = 100 Euro je Einwohner.

Entwicklung der Kommunalfinanzen 2008

Die deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände erzielten im Jahr 2008
einen **Überschuss** von
7,6 Mrd. Euro = 100 Euro je Einwohner.

Die Städte im Ruhrgebiet und im Bergischen Land erzielten im Jahr 2008
einen **Verlust** von
- 698 Mio. Euro = - 155 Euro je Einwohner.

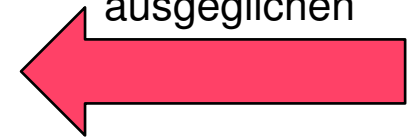
Der Zuwachs der Kassenkredite betrug 795 Mio. Euro.

Kommunales Haushaltsergebnis Ruhrgebiet 2008

Primärergebnis

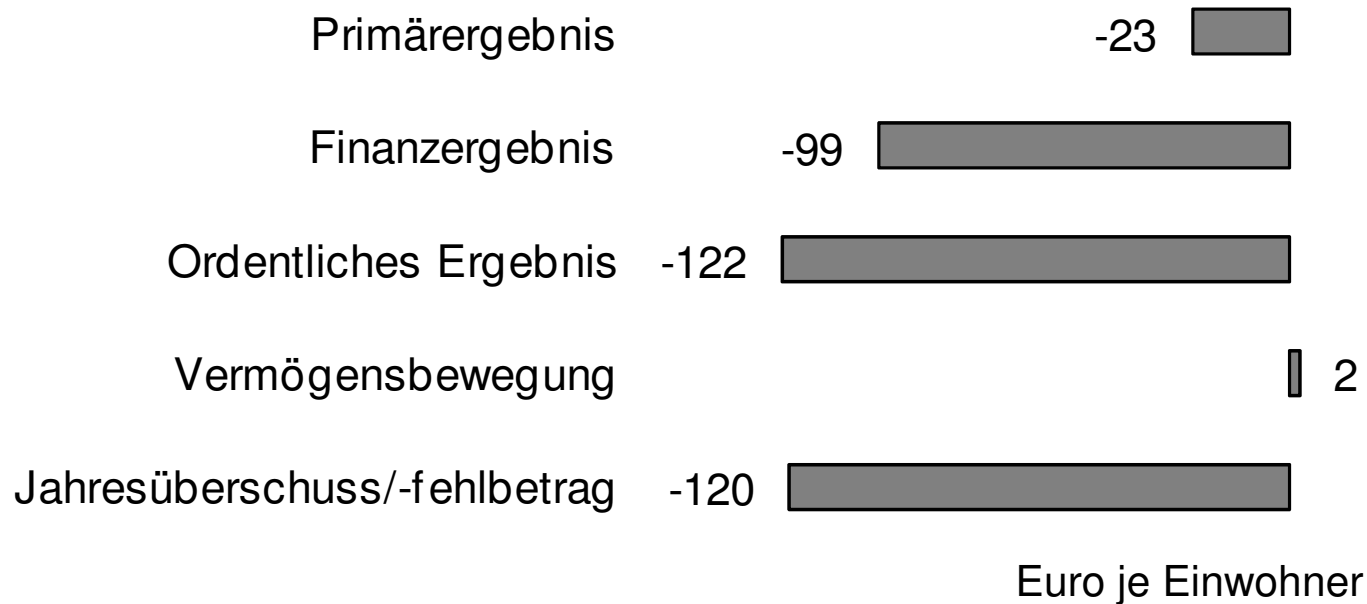
-23 

Laufender
Haushalt fast
ausgeglichen



Euro je Einwohner

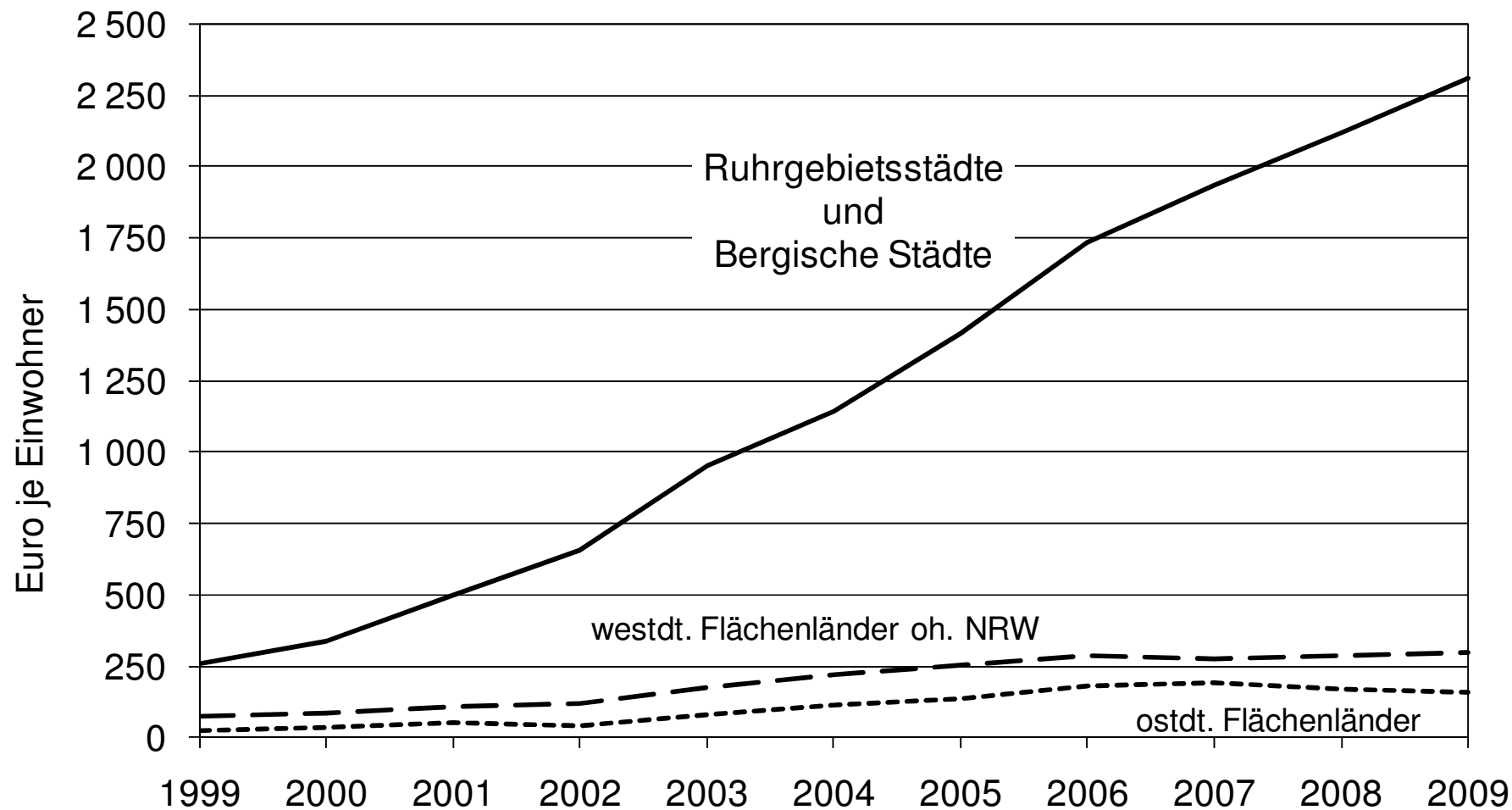
Kommunales Haushaltsergebnis Ruhrgebiet 2008



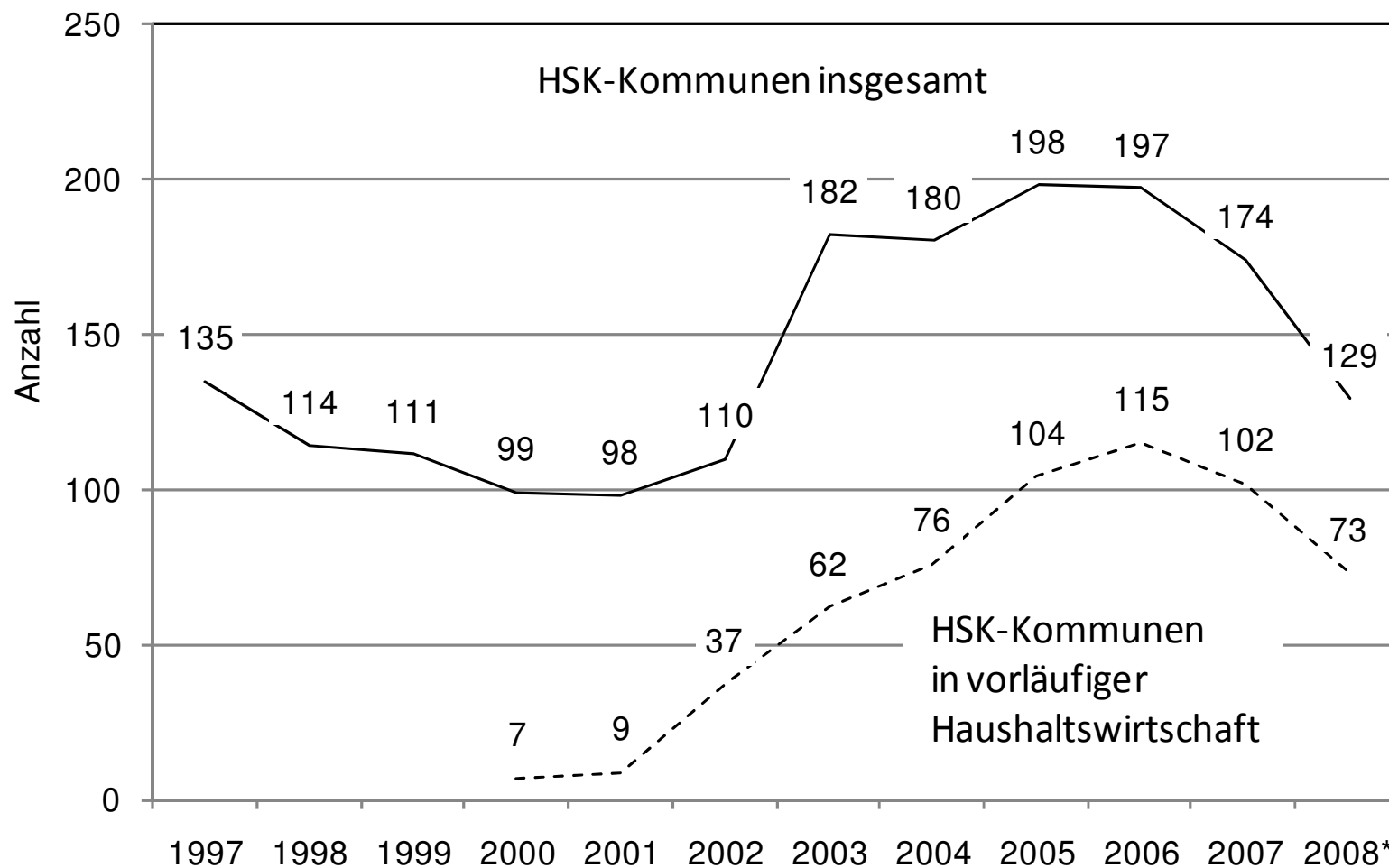
Laufender
Haushalt fast
ausgeglichen

Allein die Kredit-
finanzierungs-
kosten betragen
661 Mio. Euro

Kommunale Kassenkredite 1999 bis 2008 (jew. 31.12.) und am 30.06.2009

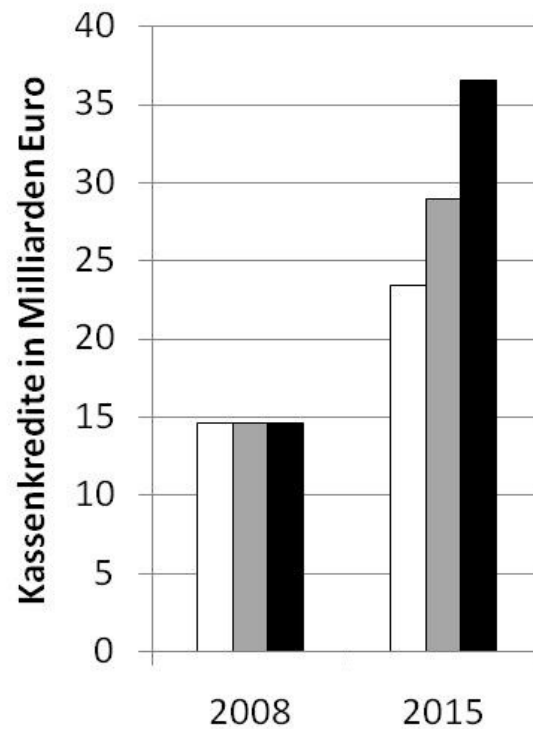


Nordrhein-westfälische Gemeinden und Kreise in der Haushalts-sicherung sowie in vorläufiger Haushaltswirtschaft 1997 bis 2008*



* Die Gesamtzahl der nordrhein-westfälischen Gemeinden und Gemeindeverbände: 430 (396 Gemeinden, 31 Kreise, 3 höhere Gemeindeverbände)

Szenarien zur Kassenkreditentwicklung in Nordrhein-Westfalen 2008 und 2015

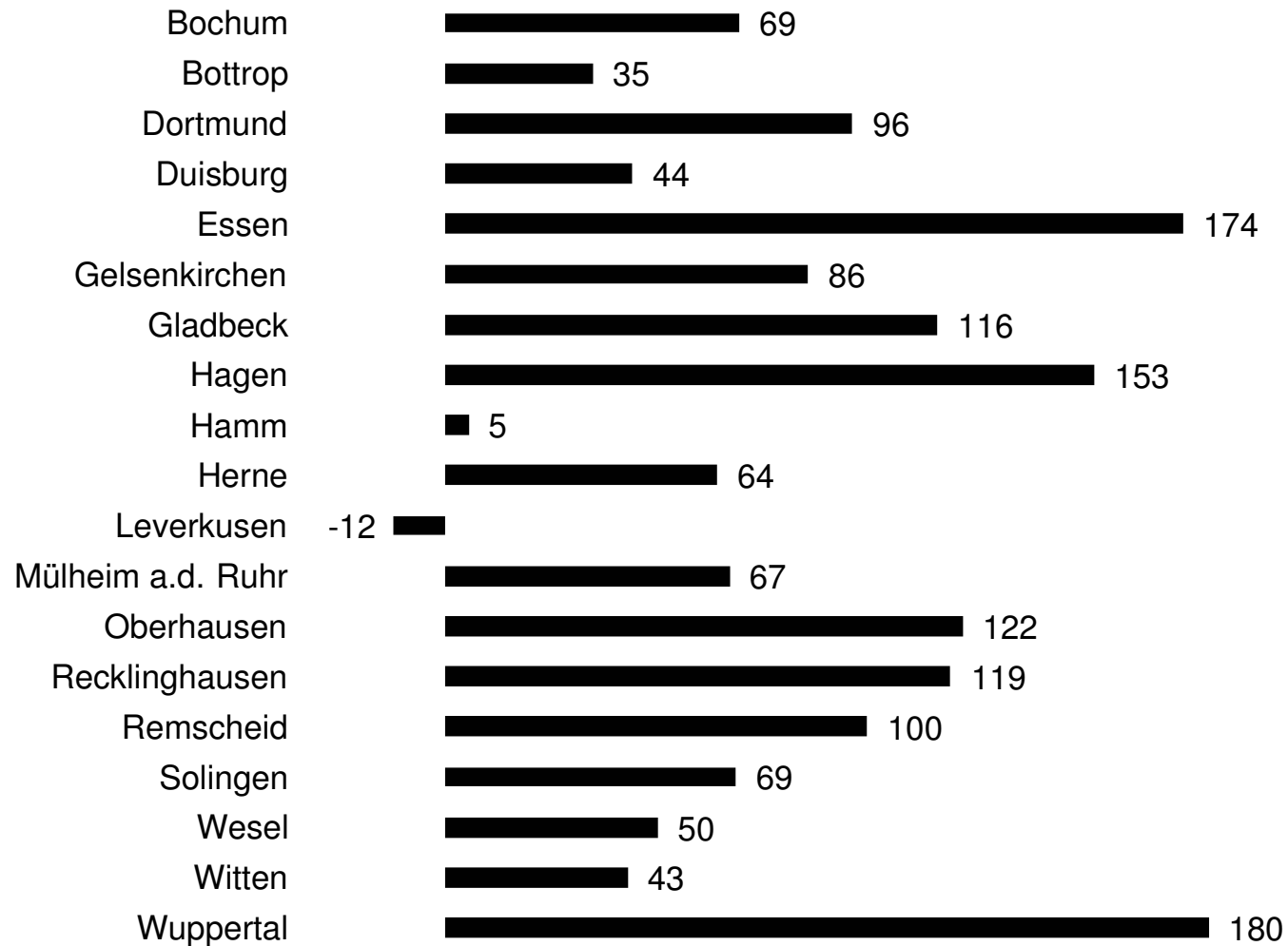


□ 7 %-Szenario

■ 1,24 Mrd. Euro plus Zinsausgaben-Szenario

■ 14 %-Szenario

Schuldenentwicklung der Städte 2000 bis 2008 (jew. 31.12.) in %



Ursachen der Verschuldung: ein Mix aus ...

lokaler sozioökonomischer Position

finanzpolitischem Ordnungsrahmen

endogenen Faktoren der Kommunalpolitik

Ursachen der Verschuldung: ein Mix aus ...

lokaler sozioökonomischer Position

- Wirtschaftsstruktur
- Sozialstruktur
- Siedlungsstruktur

Ursachen der Verschuldung: ein Mix aus ...

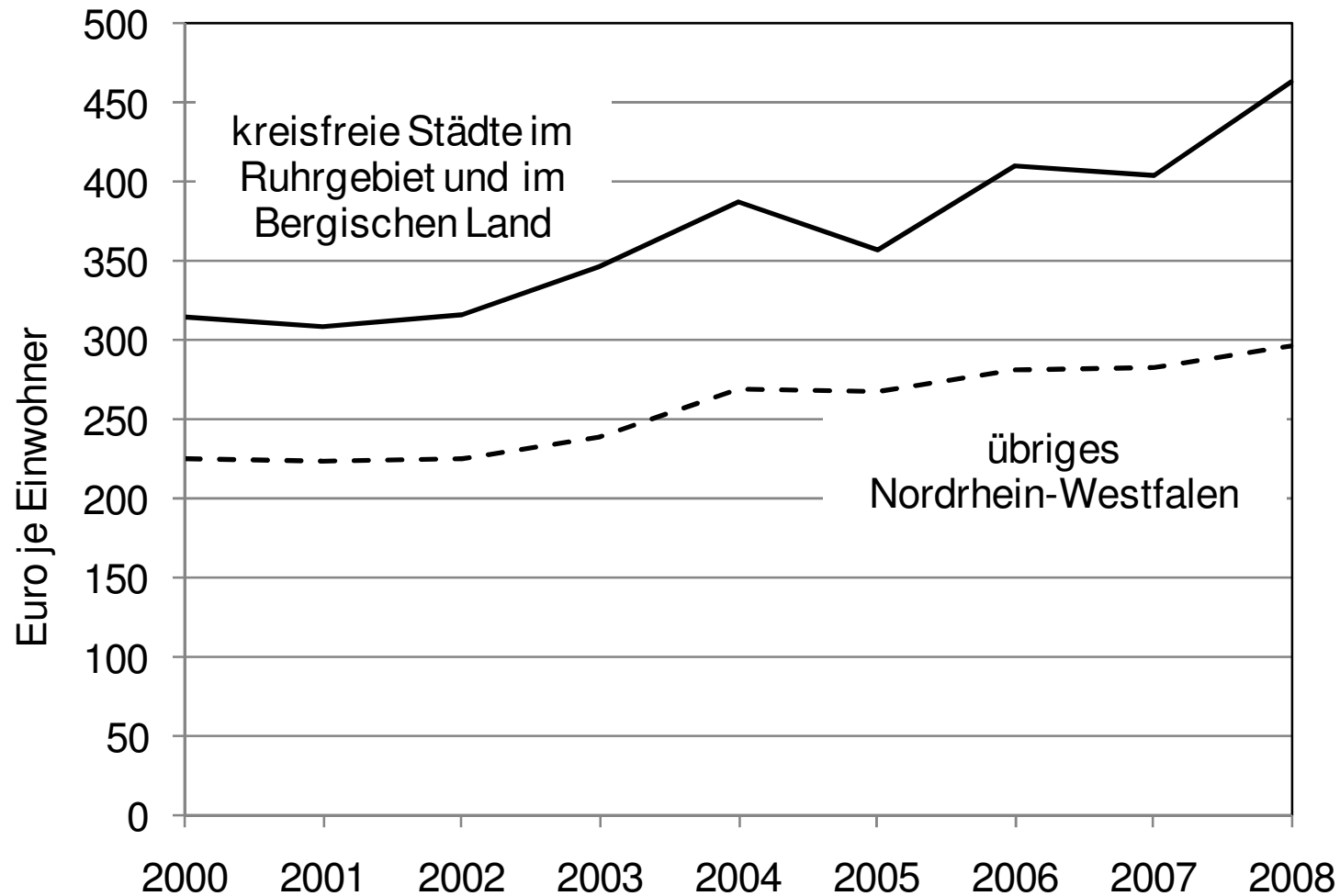
lokaler sozioökonomischer Position

- Wirtschaftsstruktur
- Sozialstruktur
- Siedlungsstruktur

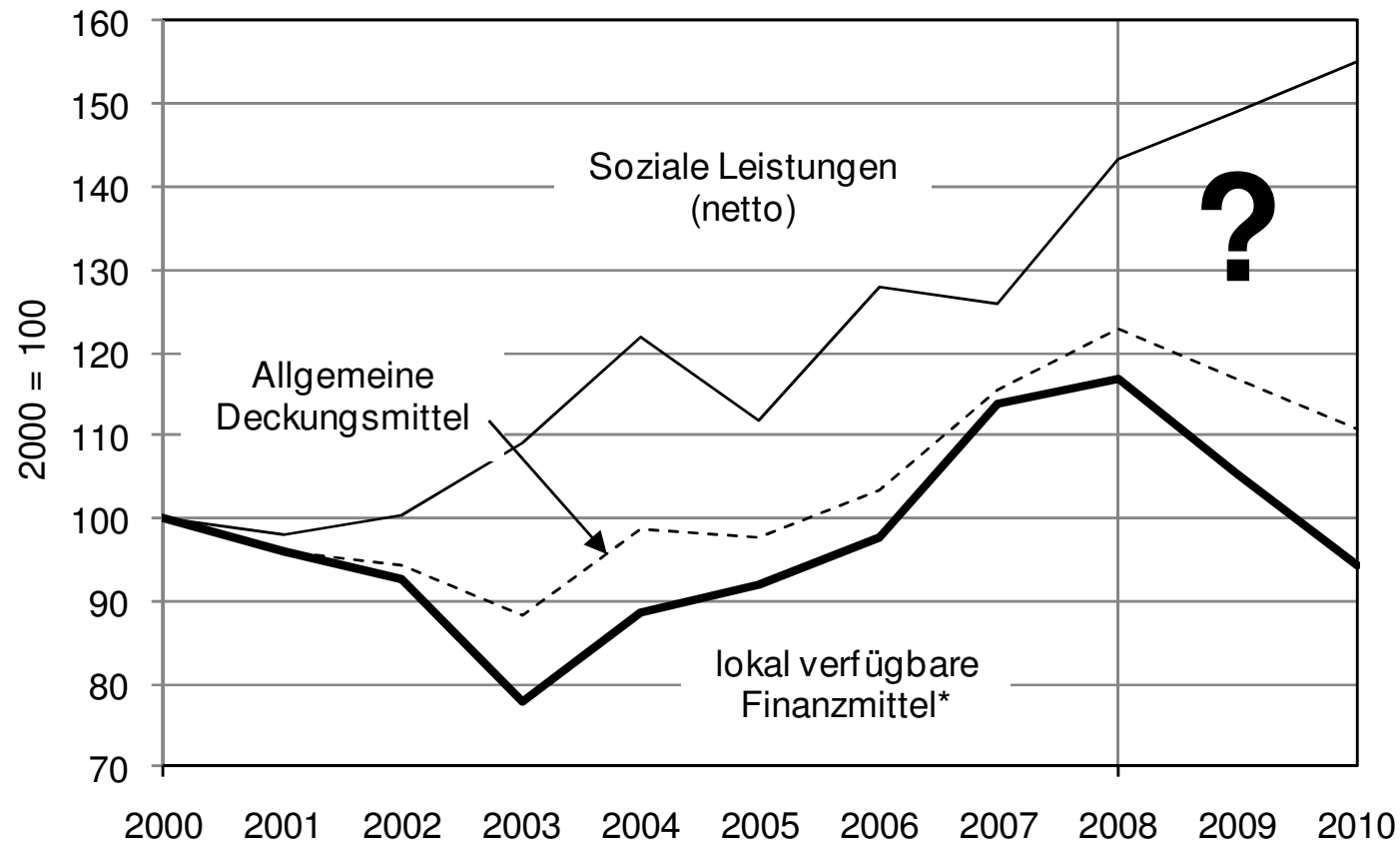
finanzpolitischem Ordnungsrahmen

- hohe rechtlich bestimmte Aufgaben- und Ausgabenbelastung bei geringer Dotierung des Finanzausgleichs

Mehrbelastung der kreisfreien Städte des Ruhrgebietes und des Bergischen Landes bei den sozialen Leistungen (netto) 2000 bis 2008

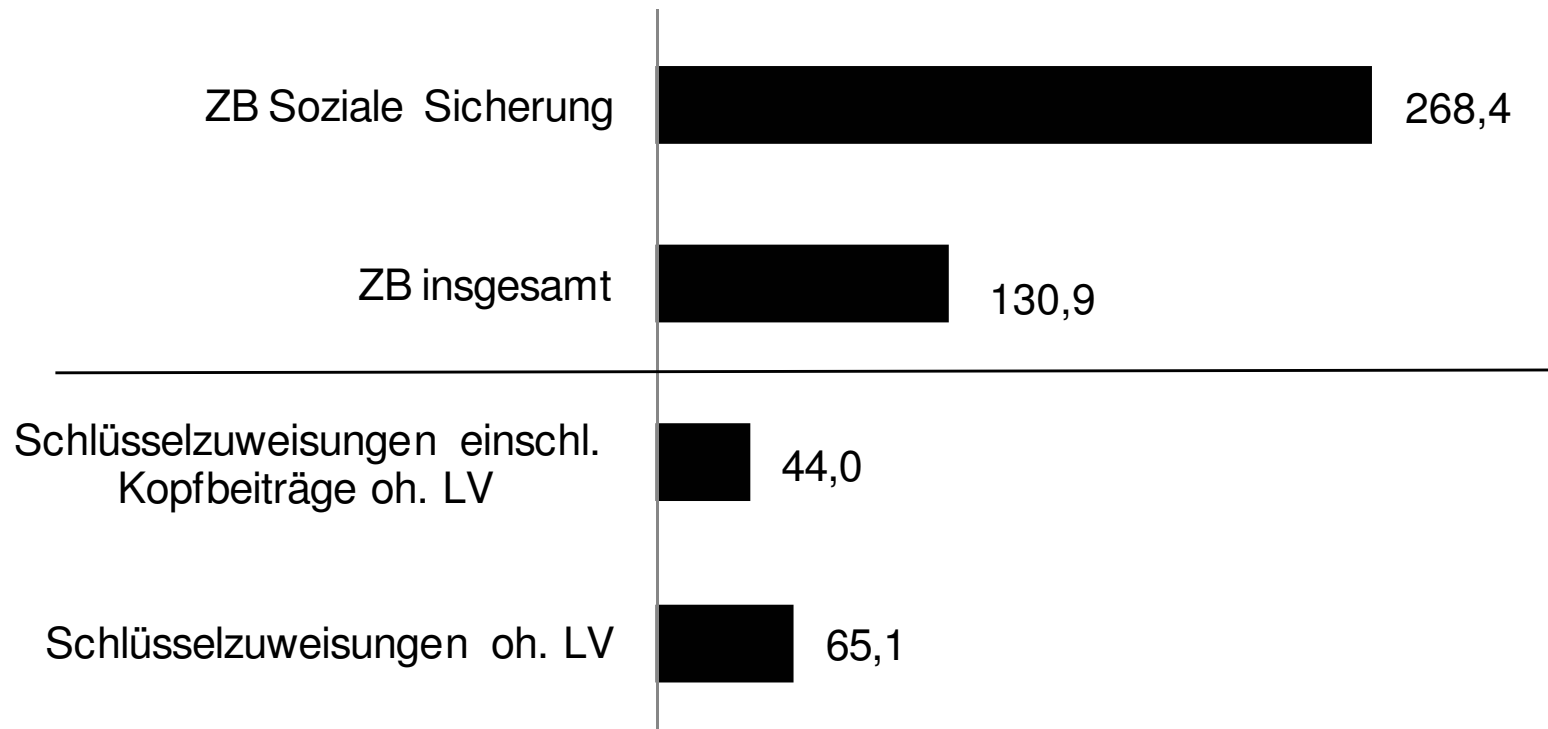


Entwicklung der sozialen Leistungen und der allgemeinen Deckungsmittel (Steuern und Zuweisungen) in den kreisfreien Städten des Ruhrgebietes und des Bergischen Landes 2000 bis 2010, 2000 = 100



* Allgemeine Deckungsmittel abzgl. Landschaftsumlage und Netto-Sozialausgaben.

Entwicklung von Schlüsselzuweisungen und Zuschussbedarfen (ZB) in Nordrhein-Westfalen 1980/2006 in %



Entwicklung von Steuereinnahmen und Zuweisungen in Nordrhein-Westfalen 1980/1983 zu 2006/2008 in %

Entwicklung 1980/83 bis 2006/08

Landessteuern:	117,5 %
Gemeindesteuern:	164,2 %
Finanzausgleichsmasse:	45,2 %

verfügbare Finanzmittel

Land	142,1 %
Gemeinden	117,6 %

Ursachen der Verschuldung: ein Mix aus ...

lokaler sozioökonomischer Position

- Wirtschaftsstruktur
- Sozialstruktur
- Siedlungsstruktur

finanzpolitischem Ordnungsrahmen

- hohe rechtlich bestimmte Aufgaben- und Ausgabenbelastung bei geringer Dotierung des Finanzausgleichs
- mangelnde Informationen bzw. deren unzureichende Wahrnehmung
- schuldensteigernde Anreizstrukturen (finanzpolitische Prinzipien verletzt)
- unzureichende Haushaltskontrolle

Ursachen der Verschuldung: ein Mix aus ...

lokaler sozioökonomischer Position

- Wirtschaftsstruktur
- Sozialstruktur
- Siedlungsstruktur

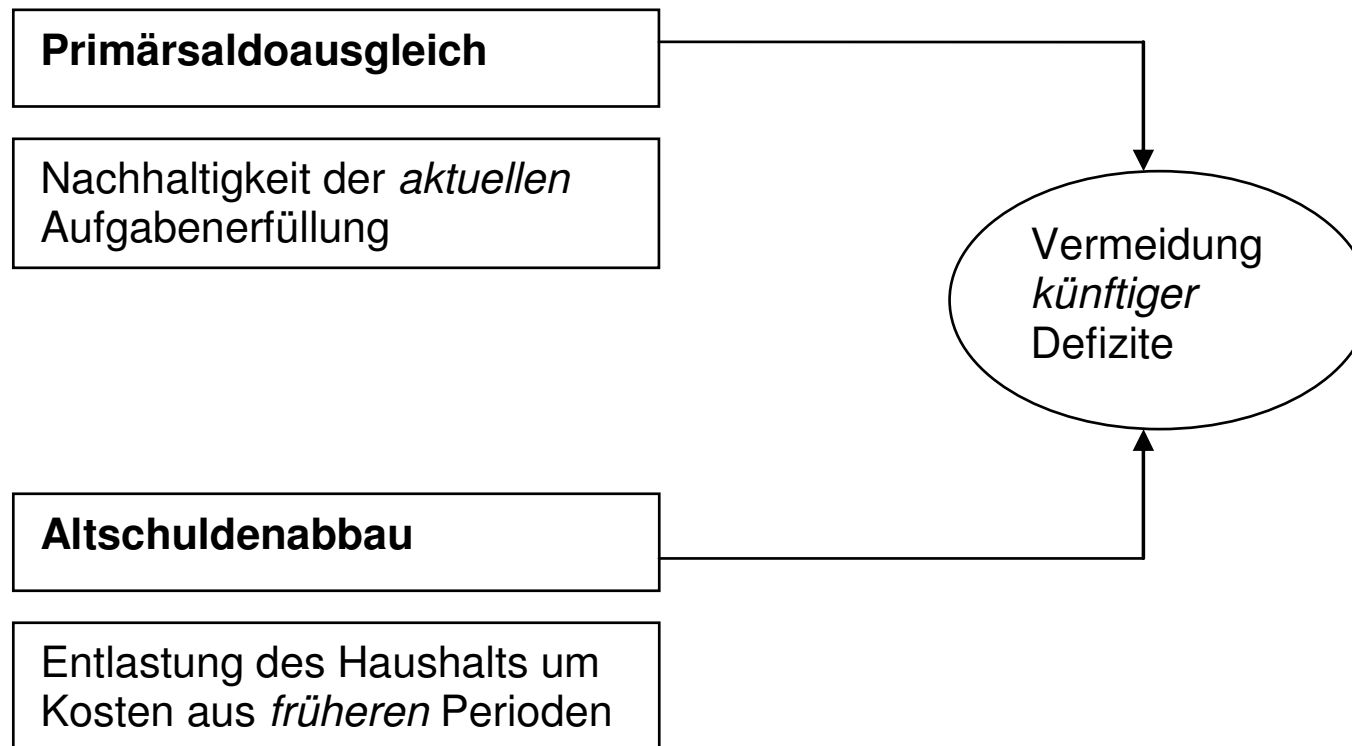
finanzpolitischem Ordnungsrahmen

- hohe rechtlich bestimmte Aufgaben- und Ausgabenbelastung bei geringer Dotierung des Finanzausgleichs
- mangelnde Informationen bzw. deren unzureichende Wahrnehmung
- schuldensteigernde Anreizstrukturen (finanzpolitische Prinzipien verletzt)
- unzureichende Haushaltskontrolle

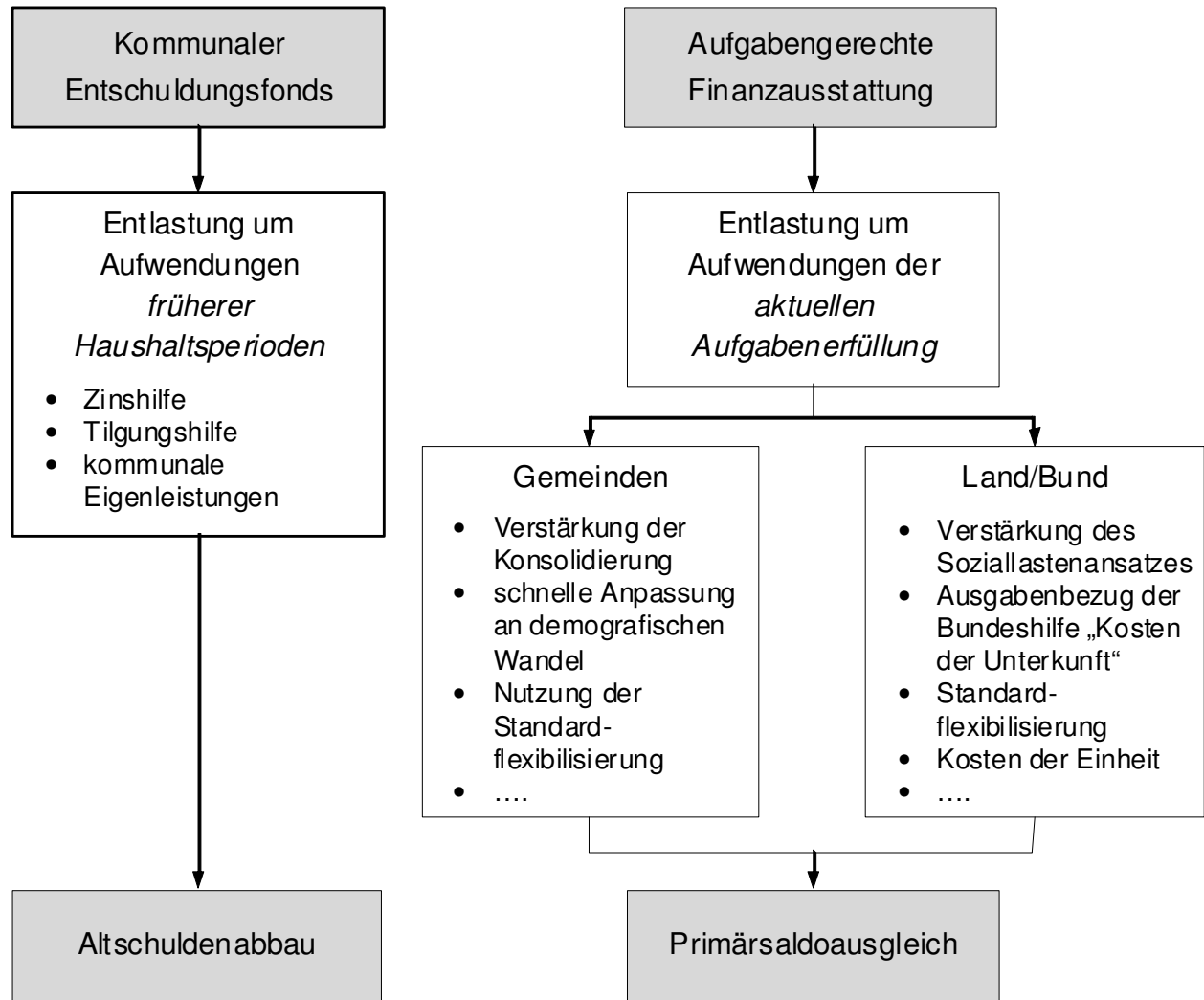
endogenen Faktoren der Kommunalpolitik

- Akteurseigenschaften (politische Ansichten, pol.-administrative Fähigkeiten)
- lokaler Demokratietyp (Kommunalverfassung, politische Kultur, Ortsgröße)
- Parteidifferenz
- kommunale Erblast, Vergeblichkeitsfalle

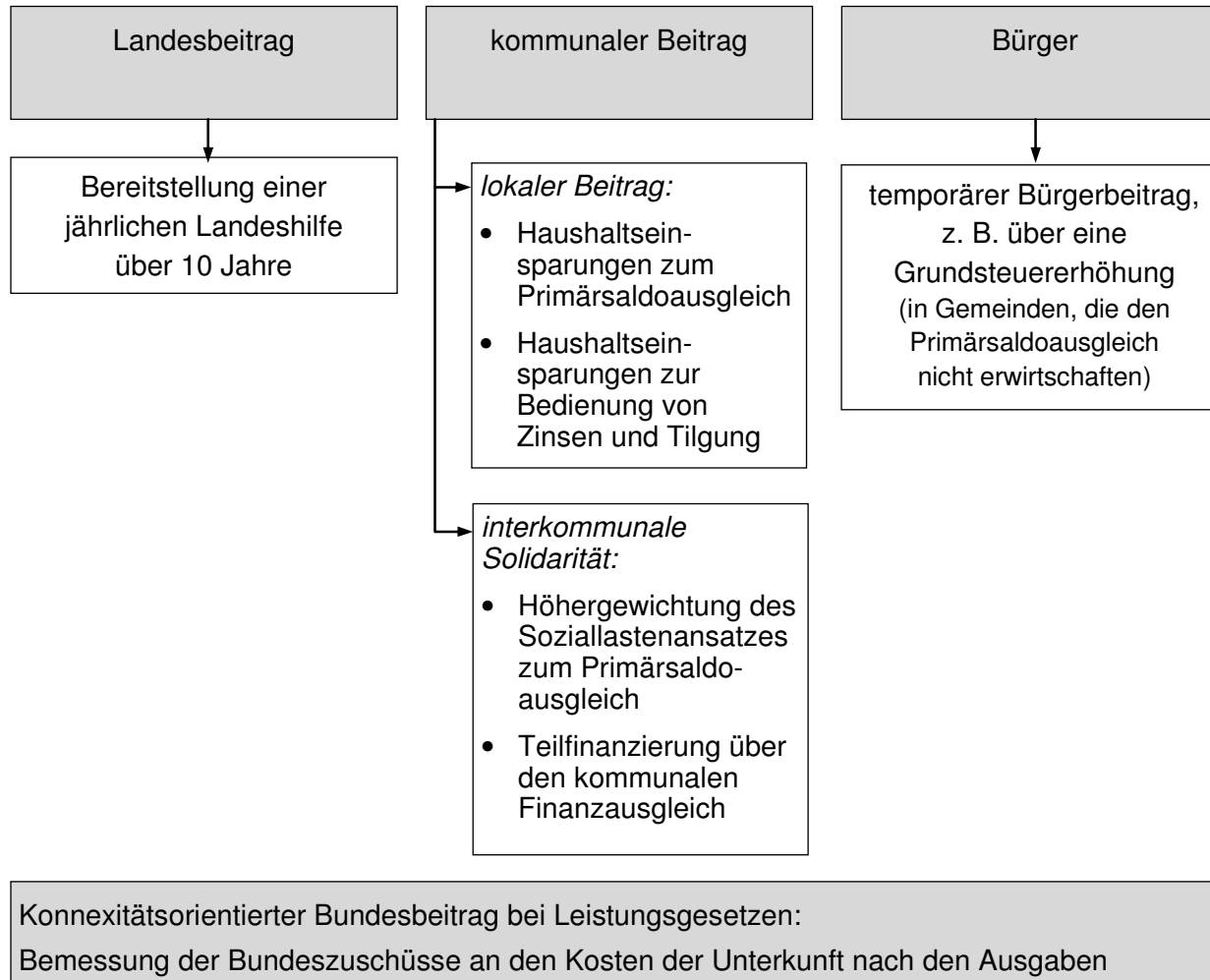
Wege zur kommunalen Entschuldung: Zwei Stoßrichtungen



Wege aus der Verschuldung zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik



Finanzierungsmix der Strategie „Raus aus den Schulden“



Resümee

- Maßnahmen zum Abbau der Altschulden
- Maßnahmen zum Abbau der strukturellen Unterfinanzierung

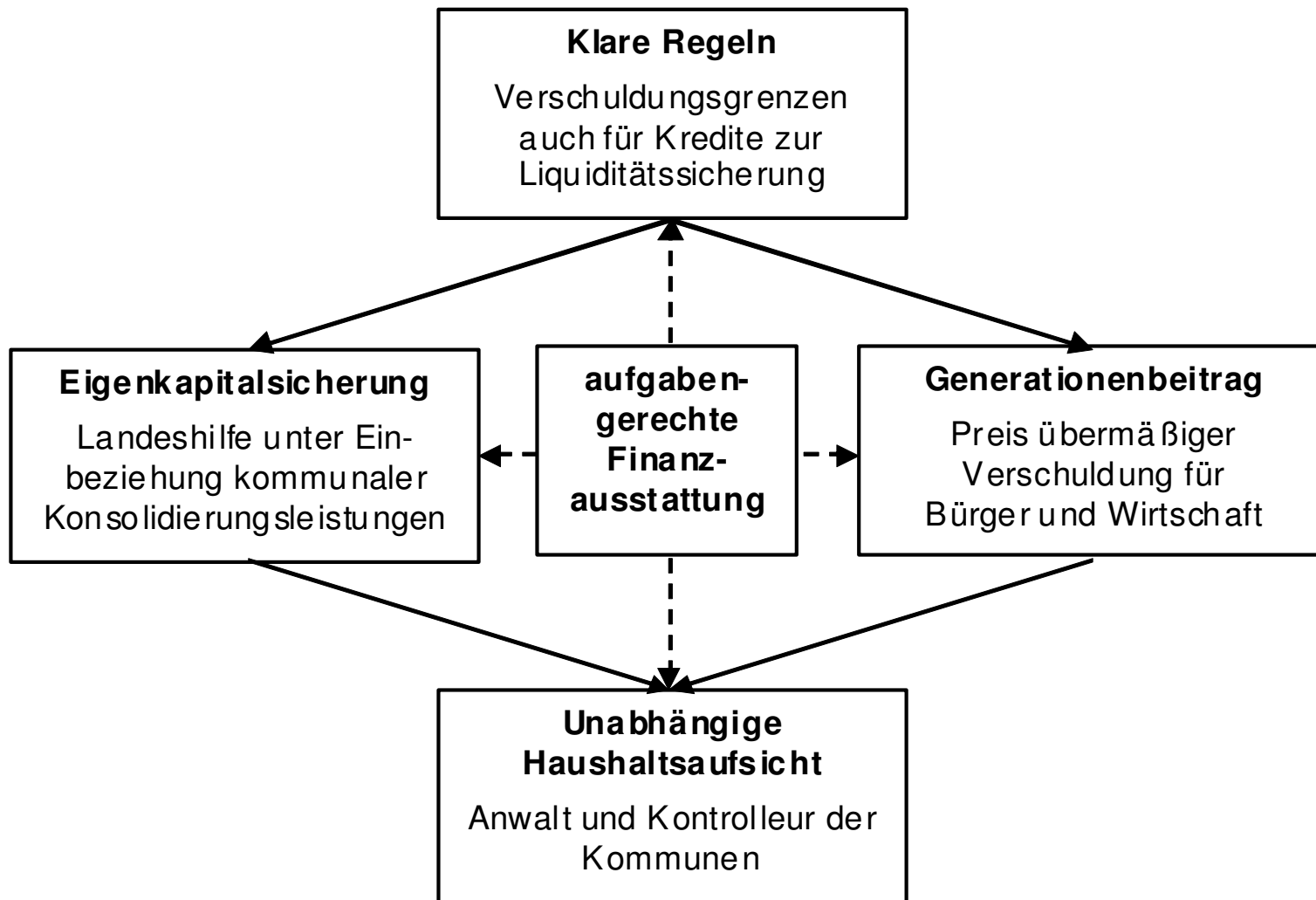
Resümee

- Maßnahmen zum Abbau der Altschulden
- Maßnahmen zum Abbau der strukturellen Unterfinanzierung

plus

- Klare Regeln: Verschuldungsgrenzen bleiben unverzichtbar
- Unabhängige Haushaltsaufsicht:
Anwalt und Kontrolleur der Kommunen
- Generationenbeitrag: Merklichkeit für den Bürger

Kommunales Haushaltssicherungsfünfeck



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

*Kontakt:
junkernheinrich@arcor.de*

Bisherige Konsolidierungsmaßnahmen

- Anhebung der Realsteuersätze auf die höchsten Niveaus in Deutschland.
 - Anspannung von sonstigen Steuern (z.B. Hundesteuer), Gebühren und Entgelten
 - Streichung freiwilliger Leistungen und Zuschüsse an Vereine und Verbände
 - Schließung von Kultureinrichtungen wie Bibliotheken
 - Schließung von Jugendeinrichtungen
 - Schließung von Bäder und Freizeiteinrichtungen.
- ➔ Dennoch: der kommunale Beitrag muss noch größer werden.

Forderungen

- Für die in vielen vom Bund veranlassten und gesetzlich geregelten Sozialbereichen deutlich gestiegenen Ausgaben ist eine höhere Bundesbeteiligung notwendig (z. B. Kosten der Unterkunft, Eingliederungshilfe).
- Die Bundesbeteiligungen an sozialen Leistungen sind grundsätzlich an den tatsächlichen Ausgaben zu bemessen.
- Für den Ausbau der Kinderbetreuung und der frühkindlichen Bildung sind zusätzliche Finanzhilfen notwendig, um die gesetzlich vorgegebenen Ziele auch erreichen zu können.
- Strukturschwache Kommunen in Westdeutschland sind von der Finanzierung der Kosten der Deutschen Einheit zu entlasten. Die Fördermittelverteilung ist an der Bedürftigkeit auszurichten.
- Beschließt der Bund Steuersenkungen, so hat er die Einnahmeherausfälle der Kommunen zu kompensieren oder aber die Aufgabenübertragung zurückzunehmen.